

Dresdner Volkszeitung

Postkonton: Leipzig, Raben & Komp., Nr. 20818.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postkonto: Seb. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frangirung monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 8.00 M.
Telegraph-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25201.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 15281.
Schließzeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Nonpareilzeile 50 Pf., darauf 40 Prozent Teuerungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag).
Interate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verabredung zur Aufnahme an vorergriffenen Tagen kann nicht angenommen werden. Für Briefverteilung 20 Pf.

Nr. 153.

Dresden, Montag den 7. Juli 1919.

30. Jahrg.

Sowjets in Italien.

Arbeiterherrschaft in Florenz.

Vern, 5. Juli. Abanti meldet aus Florenz: Die Arbeiterherrschaft ist Herrin der Stadt. Sämtliche von der Menge mit Gewalt beschlagnahmte Lebensmittel werden zu den von der Arbeiterschaft festgesetzten Preisen abgegeben. Ein großer Teil wurde der Bevölkerung des Erdbebengebietes überwiesen, weil sich die Hilfsaktion der Regierung für die nach Tausenden zählenden obdachlosen Familien vollkommen unzureichend erwiesen hat.

Bei den Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht wurde in die Luft geschossen. Die Kavallerie weigerte sich, die Menge anzugreifen. Die vielen neuentstandenen örtlichen Sowjets zur Regelung der Lebensmittelversorgung sind der Schwereitenden Herr geworden und haben sich überall durchgesetzt. Dem Beispiele der Romagna wird das übrige Italien folgen. In Palermo suchte die Regierung der Volksbewegung gegen die Forderung dadurch zuvorzukommen, daß sie furchtbar 21 bekannte Lebensmittelhändler ins Gefängnis werfen ließ.

Auch auf dem Lande kam es in den Provinzen Mittelitaliens zu heftigen Konflikten zwischen den Gutbesitzern und den Angehörigen der Arbeiterschaft, die in Autos Lebensmittel zu beschlagnahmen suchten. Die Gutbesitzer wehrten sich mit der Waffe, so daß auch vom Lande zahlreiche Verbote gemeldet werden.

Arbeitsaufnahme in Frankfurt a. M. und Darmstadt.

Wohl den Berlinern haben nun auch die Frankfurter Eisenbahnarbeiter den Streik abgebrochen. Doch werden auch von ihnen alle Forderungen unberührt aufrecht erhalten. Der bisherige Streik wird als „Übung“ betrachtet. Die Resolution, die den Abbruch des Streiks empfiehlt, hat folgenden Wortlaut:

Der Abbruch des Streiks wird empfohlen. Die Forderungen werden aufrechterhalten, besonders das Verlangen nach dem Räte-System als innere Betriebsorganisation. Die gesamte Kollegenschaft wird aufgefordert, sich für eine Einheitsaktion bereitzustellen. Vor der Öffentlichkeit erklärt die Versammlung; getreulich sprechen die

Streikenden ihren Entschluß aus, daß der Streikabbruch nur ein Waffenstillstand sein wird, falls das Ministerium nicht innerlich zu einer Verständigung die Hand bietet. Der neue Streik würde den gesamten Eisenbahnbetrieb erfassen. Die Streikenden erklären ferner, daß jeder Versuch und jede Maßnahme der Verharmlosung, die am Streik beteiligten Arbeiter, Hilfsbeamten und Beamten zu drohen, zu entlassen oder sonst irgendwie zu schädigen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zurückgewiesen werden wird. Wir warnen auch die öffentlichen Behörden, aus Anlaß von Streikhandlungen irgendwelche Strafmaßnahmen einzuleiten. Der Streik wird sofort wieder aufgenommen.

Die Wiederaufnahme der Arbeit ist heute früh erfolgt. Die Darmstädter Eisenbahner sind zu dem gleichen Entschlusse gelangt.

Es ist zu hoffen, daß sich nun auch die Lage in Hannover, wo man verhandlungsbereit ist, sowie in Wittenberg, Hildesheim und den übrigen am Streik beteiligten Städten bessert. In Wittenberg wurde die Durchleitung der Lebensmittelzüge von Regierungstruppen, gemeinschaftlich mit den Zugführern, durchgeführt. In Hamburg soll heute entschieden werden, wie sich die dortigen Eisenbahner zum Streik stellen.

Die geplante Eroberung Wiens.

Wien, 6. Juli. Der Neue Tag veröffentlicht noch angeblich authentischen Dokumenten, die aus der ungarischen Gesandtschaft in der Bankgasse stammen sollen, einen ausführlichen Plan zur Eroberung Wiens durch eine kommunistische Streitmacht aus Ungarn, welche über 14 500 Gewehre und Karabiner, 200 Maschinengewehre und 150 Geschütze verfügen sollte. Ein Handgranaten und Dynamit umfassendes Depot von ihr befand sich in der Bankgasse. Es war ein genauer Plan zur Besetzung jedes einzelnen Wiener Bezirks ausgearbeitet.

Im Zusammenhang mit dieser aufsehenerregenden Meldung stehen Enthüllungen, die unser Genosse Friedrich Adler vor einigen Tagen im Wiener Arbeitererrat machte, und die sich mit dem heute veröffentlichten Plans im allgemeinen decken.

talisten dies verhindern, und später konnten keine Wohnungen mehr gebaut werden, weil man die noch vorhandenen Baustoffe und Arbeitskräfte zur Herstellung der Kriegsbauten brauchte.

Und warum werden heute, warum wurden seit Beginn des Kriegs keine Wohnungen gebaut? Seit der Demobilisierung der Armeen fallen wieder zehntausende Bauarbeiter, die gerne arbeiten möchten, als Arbeitslose der öffentlichen Unterfertigung zur Last. Warum werden sie nicht zum Nutzen der ganzen Vorkriegszeit, die doch den weitestgehend größten Teil unseres Volkes ausmacht, in Tätigkeit gesetzt?

Zum Teil ist das auf die Baustoffknappheit zurückzuführen, an der jene Arbeiter nicht unschuldig sind, die die Kohlenförderung sabotiert und damit das Brennen von Holz und Biegeln unmöglich gemacht haben. Das Stilllegen der privaten Wohnungsbautätigkeit ist aber auch heute noch vor allem darauf zurückzuführen, daß die Kapitalisten am Wohnungsbau kein Interesse haben, weil der Bau von Wohnungen heute weniger als je Profit einbringt. Der Profit regiert in der kapitalistischen Gesellschaft die Welt, und nicht das Bedürfnis! Und bei den heutigen hohen Baustoffpreisen und den verhältnismäßig hohen Arbeiterlöhnen wäre heute der Wohnungsbau nur dann profitabel, wenn die Mieten gegen früher um das Doppelte oder Dreifache erhöht werden könnten. Da eine solche Mietpreiserhöhung solange nicht durchzuführen ist, als nicht auch die Mietpreise für die alten Wohnungen auf annähernd die gleiche Höhe gestiegen sind, so lassen die Privatkapitalisten die Hände vom Wohnungsbau.

Es ist unter diesen Umständen bringende Pflicht des Reichs sowie der Einzelstaaten und Gemeinden, mehr als bisher für den Bau von Wohnungen, besonders für den Bau von Kleinwohnungen, zu tun. Das Reich hat bis jetzt 800 Millionen Mark zur Abführung der Baukostenübernahme und zur Förderung des Kleinwohnungsbaues gestellt. Die Einzelstaaten und die Gemeinden haben zusammen ungefähr das gleiche getan. Diese Summen sind wohl bis auf einen kleinen Rest verbraucht; sie reichen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues in dem Umfang, wie dies zu einer ernsthaften Bekämpfung der Wohnungsnot und der allgemeinen Mietsteigerung notwendig ist, nicht im entferntesten aus.

Reich, Einzelstaaten und Gemeinden können auf diesem Gebiete tun, was das Privatkapital niemals tun wird. Sie müssen ja ohnehin Milliardensummen für öffentliche Unterfertigungen zahlen. Es ist widersinnig und läßt sich unmöglich rechtfertigen, daß man auf der einen Seite infolge Mangel an Mitteln die Arbeitskraft zehntausender Arbeiter des Baugewerbes, der Baustoffindustrien und der Tonwarengewerbe brach liegen läßt, und auf der andern Seite Millionen über Millionen an Arbeitslosenunterfertigung zahlt. Man werde diese Summen endlich an, um die Wohnungsbautätigkeit in großem Maßstab in Gang zu setzen und wirtschaftliche und kulturelle Werte für die Zukunft zu schaffen. Die Rohstoffe für den Wohnungsbau sind im Lande; an ihrer Gewinnung kann uns kein Mangel an Schiffraum und keine politische Kavalas hindern. Mögen endlich Reich, Einzelstaaten und Gemeinden auf diesem Gebiete selbst mehr Initiative entwickeln und für die Gelder, die sie jetzt für unproduktive Zwecke ausgeben, selber Baustoffe herstellen und für ihre Arbeiter und Angestellten Wohnungen bauen. Sie erfüllen damit nicht nur ihre soziale Pflicht ihren Arbeitern gegenüber, sondern sie bekämpfen damit auch wirksam die allgemeine Wohnungsnot und den Wohnungswunder. Sie wirken auf die Verbesserung des Wohnungsstandes hin, schaffen Arbeit für unsere Arbeitslosen und legen damit den Grund für einen Aufschwung unserer Volkswirtschaft. Denn kein Gewerbe vermag bekanntlich soviel andere Gewerbe und Industrien in Abhängigkeit zu setzen, wie das Baugewerbe.

Soweit Reich, Einzelstaaten und Gemeinden nicht selber bauen wollen oder können, müssen sie den gemeinnützigen Baugenossenschaften ausreichende Mittel zum Bau von Kleinwohnungen zur Verfügung stellen. Sind diese Mittel auf anderem Wege nicht zu beschaffen, so wäre zu erwägen, ob sie nicht dadurch beschafft werden können, daß man den Vermietern alter Wohnungen einen Teil des wachsenden Mietpreises abnimmt, der heute infolge der Wohnungsnot in ihre eigenen Taschen fließt und in Zukunft in noch höherem Maße in ihre Taschen fließen wird. Es wären auf diesem Wege Hunderte von Millionen zu beschaffen, die zum Bau neuer Wohnungen verwendet werden könnten.

Verhandlungen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie.

Aus Weimar meldet D. L. B.: Ein Berliner Blatt bringt von hier die Meldung, ein Schulkompromiß sei zwischen der sozialdemokratischen und der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung abgeschlossen worden, und es wird der angebliche Wortlaut des Kompromisses mitgeteilt. Demgegenüber wird von unterrichteter Seite festgestellt. Ein Kom-

Mietsteigerung und Wohnungsnot.

Von H. Ellinger.

Wohl nichts ist umstände, das Wesen unserer kapitalistischen Wirtschaft greller zu beleuchten, als unsere gegenwärtige Wohnungsnot. Seit Jahren müssen in Deutschland hunderttausende Familien in menschenunwürdigen Wohnstätten hausen und Tausende können überhaupt keine Wohnung im Deutschen Reich von Fachleuten auf eine Million geschätzt, und der Bedarf ist zur Zeit noch ständig im Wachsen.

Für die Hausbesitzer bedeutet ein solcher Zustand Hochkonjunktur. Auf Grund der Tatsache, daß in der kapitalistischen Gesellschaft Wohnungen eine Ware sind, deren Preis sich nach Angebot und Nachfrage richtet, steigern sie die Mieten allenthalten. Raum hat sich der Mieter mit einer neuen Mietsteigerung abgefunden, ist der Hausbesitzer schon wieder mit einer neuen Forderung da. Und stets weiß er seine Forderungen glänzend zu begründen — vorausgesetzt, daß er diese Mihe überhaupt für notwendig hält. Die Steigerung der Reparaturkosten der Materialpreise und der Arbeitslöhne werden auch dann zur Begründung dienen, wenn sich der Hausbesitzer um die Ausführung von Reparaturen unter allen Umständen zu drücken weiß. Als weitere Gründe dienen die Erhöhung der Hypothekenzinsen, die Steigerung der Verwaltungskosten — die Entwertung des Geldes und — in Häusern mit Heizanlagen — ganz besonders die Steigerung der Kohlenpreise.

Es ist nicht zu bestreiten, daß in vielen Fällen einzelne dieser Gründe stichhaltig sind und daß häufig eine Erhöhung der Mieten berechtigt ist, wenn man den Hausbesitzern nicht überhaupt die Existenzberechtigung absprechen und ihr Eigentum konfiszieren will. Auch Genossenschaften müssen heute, wenn sie ihre Wohnungen in Ordnung halten und ihre Verpflichtungen gegenüber ihren Geldgebern erfüllen wollen, die Mieten erhöhen, und der Staat oder die Gemeinden die Mieten erhöhen, wenn sie alle Wohnungen übernehmen wollen, das gleiche tun, sofern sie nicht die Differenz zwischen Miet- und Unterhaltungskosten aus öffentlichen Mitteln decken wollen. Aber bei den Mietforderungen der meisten Hausbesitzer handelt es sich nicht nur um einen Ausgleich für die gesteigerten Unterhaltungskosten; ihr Ziel ist vielmehr die allg. eine Aufrechterhaltung der Mieten, die gleichbedeutend ist mit einer Höherbewertung ihres Grundbesitzes und einer dauernden Steigerung ihrer Grundrente. Dazu soll ihnen die Wohnungsnot ebenso dienen, wie den ländlichen Grundbesitzern während des Krieges die Nahrungsmittelnot des deutschen Volkes zur Erhöhung der Lebensmittelpreise

und zur Steigerung der ländlichen Grundrente dienen mußte. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß bei der Fortdauer der jetzigen Wohnungsnot die Mieten ins Unerträgliche steigen werden. Wenn den Hausbesitzern nicht die Mietsteigerungsämter und andere Körperlichkeiten bei der Verfolgung ihrer selbstsüchtigen Ziele im Wege stünden, hätten wir es heute schon nicht mehr um Mietsteigerungen von durchschnittlich 15 bis 20 Prozent zu tun, sondern längst um solche von 100 und mehr Prozent. Auf die Dauer werden aber bei der Fortdauer und Steigerung der jetzigen Wohnungsnot auch die Mietämter und Mietsteigerungsämter die meisten Steigerungen der Mietpreise nicht verhindern können.

Mühte nun die heutige Wohnungsnot überhaupt entstehen? Und warum geschieht nichts oder nicht genug, um sie zu beseitigen und durch einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt den Wertsteigerungen entgegenzuwirken?

Die Wohnungsnot mußte in der kapitalistischen Gesellschaft unter den obwaltenden Umständen entstehen. Nach Ausbruch des Krieges wurde die Wohnungsbautätigkeit fast überall in Deutschland so gut wie ganz stillgelegt. Warum? Einfach deshalb, weil der Bau von Wohnungen nicht mehr profitabel war. Infolge der Auslösung dieser Haushalte fanden damals viele Wohnungen leer, und somit die Hausbesitzer ihre Wohnungen vermietet hatten, sahen sie sich in vielen Fällen zur Gewährung von Mietnachlässen gezwungen. Unter diesen Umständen hörte die Vermietung von Wohnungen auf, ein profitables Geschäft zu sein, und damit hörte auch die Möglichkeit der Profitgewinnung beim Wohnungsbau und der Anreiz zum Wohnungsbau auf. Er hörte um so mehr auf, als damals die Kapitalisten Gelegenheit hatten, ihre Kapitalien in der Kriegswirtschaft auf Kosten des Reiches mit Riesengewinnen „arbeiten“ zu lassen. Damals herrschte noch kein Mangel an Baustoffen und auch kein Mangel an Arbeitskräften; im Gegenteil: damals hielten noch hunderttausende Arbeiter des Baugewerbes, der Baustoffindustrien und der Nebengewerbe als Arbeitslose der öffentlichen Unterfertigung zur Last. Da Deutschland in normalen Zeiten für seine Bevölkerungswachstum jährlich mehr als 200 000 neue Wohnungen brauchte — abgesehen von dem Erlaß für den Abgang alter Wohnungen — so war schon damals bei Kriegsende eine Wohnungsnot als Folge der Stilllegung der Wohnungsbautätigkeit voraussehbar. Aber damals wurde nicht gebaut, weil das Profitinteresse der Kap-

Der Abschluß des Gewerkschaftskongresses.

Rürnberg, 4. Juli.

Prüfung werden den beiden genannten Parteien ist nicht abgelehnt, ebensowenig kann der mitgeteilte Wortlaut irgendwelchen Anspruch auf Richtigkeit erheben. Es ist zwischen den Parteien der Nationalversammlung Verhandlungen sowohl über die noch offenen Schulfragen als über andere unstrittige Fragen auf dem Gebiete des Verfassungsentwurfes.

Die Eos. Aoz. schreibt: Das Zentrum sucht jetzt ganz öffentlich die Volksherrschaft in der Schule durch die Erziehung zu verewigen, andererseits Rheinland und Oberhessen von Preussens Loszureißen. Diese Standpunkte der Reichsversammlung sind unüberhört. Diese Standpunkte der Reichsversammlung sind unüberhört. Diese Standpunkte der Reichsversammlung sind unüberhört.

Es handelte sich bei der Gründung um einen sehr alten Wunsch der Gewerkschaften. Man habe nur aus Mäßigkeit auf vollständige Sozialisierung bisher von dieser Gründung, die schon 1899 verlangt wurde, abgesehen und es bei der losen Verbindung in der Generalkommission gelassen. Nach Beilegung der Vollzeitsfrage kann nun aber zur Gründung eines föderalen Bundes geschritten werden.

Neues Recht?

Was wird geschieden?

Nachdem der Friede, was er uns noch so sehr mißfallen, so werden, nun einmal geschlossen, ist doch wenigstens das eine erreicht, daß eine bestimmte Grundlage zum Wiederaufbau des Staates geschaffen ist. Sie ist aber höchst mangelhaft und birgt viele Schwächen und Unsicherheiten in sich.

Was aber unrecht ist als solches nicht mehr innerlich empfunden wird und zum Bewußtsein vieler, zur Regelmäßigkeit geworden ist, da hat sich schon Unrecht in Recht - Gewohnheitsrecht - gebildet oder ist doch auf dem Wege dazu, was deshalb als freies Unrecht bestraft werden könnte.

Das soll heute nicht dahin verstanden werden, daß nun alles grundsätzlich dem freien Handel über und Tor geöffnet werden soll. Davon kann auch im Frieden grundsätzlich keine Rede sein. Die planmäßige, sozialistische Produktion und Verteilung kann nur die richtige Wirtschaft des Grundprinzips sein.

Sobald aber solche Neuregelung erfolgt ist, müßte auch Zug um Zug damit endlich zur Bekämpfung der Kaufleute, auf denen jetzt noch trotz dem Frieden die innere Sorge der strafrechtlichen Verfolgung lastet, aber die noch eine Strafe wegen solcher Mißhandlungen, sehr oft begangen nur aus Unachtsamkeit und Not ihrer selbst oder anderer, zu bestehen haben, eine letzte Kannteile erlassen werden.

Das alte Schulbuch wurde vernichtet, ein neues, nun dem Volksempfinden und Gemeinwohl mehrheitlich entsprechendes Recht ist es dann um so unerlässlicher von allen als unbedingte Staatsnotwendigkeit geachtet, willig befolgt und geschützt werden und unter aller vernünftigen Staatsbürger Bewußtsein solches Recht dann um so strenger von den Verordnungen gebahrt werden, können und dürfen, denn es wäre schrecklich durch Anerkennung aller Volksgenossen um des großen Ganges willen.

Angenommen wurde noch ein Antrag Vorhänger: Der Arbeitgeber hat den Betriebsräten etwaigen Verbleibensgang der Verhandlungen in der vollen Höhe zu erlegen. In der Folge der Betriebsräte entschied sich der Gewerkschaftskongress mit 407 gegen 192 Stimmen für die Auffassung der Vorstandsbeschlüsse.

Der Kongress erklärte nach Kenntnisnahme des Vorentwurfs über die Betriebsräte, daß der Entwurf in wichtigen Teilen nicht allen Erwartungen entspricht, die berechtigterweise an ein Gesetz über die Errichtung von Betriebsräten gestellt werden können.

In der weiteren Abstimmung wird die Entscheidung zur Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern mit 420 gegen 181 Stimmen angenommen.

Sobald begründet in der Nachmittags-Sitzung Teilpartei die vorgelegten Satzungen für den

Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund.

Es handelte sich bei der Gründung um einen sehr alten Wunsch der Gewerkschaften. Man habe nur aus Mäßigkeit auf vollständige Sozialisierung bisher von dieser Gründung, die schon 1899 verlangt wurde, abgesehen und es bei der losen Verbindung in der Generalkommission gelassen. Nach Beilegung der Vollzeitsfrage kann nun aber zur Gründung eines föderalen Bundes geschritten werden.

Ein Antrag Dismann verlangt, daß im ersten Satz hinter Gewerkschaften gesetzt werde und die Arbeiter- und Betriebsräte; ferner sollen im zweiten Satz geschrieben werden die Worte „nur“, „kollektiv“ und „berufliche“.

Ein Antrag Dismann verlangt, daß im ersten Satz hinter Gewerkschaften gesetzt werde und die Arbeiter- und Betriebsräte; ferner sollen im zweiten Satz geschrieben werden die Worte „nur“, „kollektiv“ und „berufliche“.

Ein Antrag Dismann verlangt, daß im ersten Satz hinter Gewerkschaften gesetzt werde und die Arbeiter- und Betriebsräte; ferner sollen im zweiten Satz geschrieben werden die Worte „nur“, „kollektiv“ und „berufliche“.

Ein Antrag Dismann verlangt, daß im ersten Satz hinter Gewerkschaften gesetzt werde und die Arbeiter- und Betriebsräte; ferner sollen im zweiten Satz geschrieben werden die Worte „nur“, „kollektiv“ und „berufliche“.

Ein Antrag Dismann verlangt, daß im ersten Satz hinter Gewerkschaften gesetzt werde und die Arbeiter- und Betriebsräte; ferner sollen im zweiten Satz geschrieben werden die Worte „nur“, „kollektiv“ und „berufliche“.

Ein Antrag Dismann verlangt, daß im ersten Satz hinter Gewerkschaften gesetzt werde und die Arbeiter- und Betriebsräte; ferner sollen im zweiten Satz geschrieben werden die Worte „nur“, „kollektiv“ und „berufliche“.

Ein Antrag Dismann verlangt, daß im ersten Satz hinter Gewerkschaften gesetzt werde und die Arbeiter- und Betriebsräte; ferner sollen im zweiten Satz geschrieben werden die Worte „nur“, „kollektiv“ und „berufliche“.

Ein Antrag Dismann verlangt, daß im ersten Satz hinter Gewerkschaften gesetzt werde und die Arbeiter- und Betriebsräte; ferner sollen im zweiten Satz geschrieben werden die Worte „nur“, „kollektiv“ und „berufliche“.

Ein Antrag Dismann verlangt, daß im ersten Satz hinter Gewerkschaften gesetzt werde und die Arbeiter- und Betriebsräte; ferner sollen im zweiten Satz geschrieben werden die Worte „nur“, „kollektiv“ und „berufliche“.

durch stark Verbände gebildet werden. Die Kommission vermachte sich der Fortsetzung nach einer späteren Sitzung der Industrieverbände nicht anzuschließen. Weiter hat Dismann geltend gemacht, daß bei Einzelentscheidungen für die Abstimmung zum Ausschluß nach der Mehrheit auch das Verlangen von Vertretern von Gewerkschaften, die zu anderen mehr als ein Viertel der Gewerkschaftsmehrheit der angebotenen Gewerkschaften umfassen, in Betracht kommen soll.

Dismann, Frankfurt a. M.: Die Komitee, die nach Cyprien riefen, werden hierüber abgesehen. (Große Unruhe, Widerspruch und Zustimmung.)

Dismann (fortsetzend): Die Beurteilung überlasse ich dem Kongress und den Parteigenossen im Lande. Die Anträge werden weiterkommen und sicherlich auf späteren Kongressen auch angenommen. (Beifall links.)

Nach kurzer weiterer Besprechung wurden mit Annahme folgenden Beschlüsse gefaßt: Die Kommission hat die Bedeutung der Sozialen Organisation der Gewerkschaften nicht für notwendig. Sie erklärt aber, daß die davon abweichenden organisatorischen Einzelheiten von Organisationen, die bisher der Generalkommission angeschlossen waren, anerkannt werden. Die Anträge Dismann werden gemäß dem Entwurf der Kommission mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Wahl zum Bundesvorstand besteht aus 15 Mitgliedern, davon sind drei Vorstehende, der Kassierer und Kassierer sowie zwei Schriftführer. Außerdem werden acht Beisitzer frei gewählt. Der Kongress findet weiter alle drei Jahre statt. Auf 10.000 Mitglieder (bisher 5000) entfällt ein Vertreter. Der Bundesvorstand wird beauftragt, ein Normalstatut für die Ortsverbände auszuarbeiten.

Der Kongress hat beschlossen, die Anträge Dismann, die die Gewerkschaften zur Sozialisierung der Industrie zu verpflichten, abzulehnen.

Der Kongress hat beschlossen, die Anträge Dismann, die die Gewerkschaften zur Sozialisierung der Industrie zu verpflichten, abzulehnen.

Der Kongress hat beschlossen, die Anträge Dismann, die die Gewerkschaften zur Sozialisierung der Industrie zu verpflichten, abzulehnen.

Der Kongress hat beschlossen, die Anträge Dismann, die die Gewerkschaften zur Sozialisierung der Industrie zu verpflichten, abzulehnen.

Der Kongress hat beschlossen, die Anträge Dismann, die die Gewerkschaften zur Sozialisierung der Industrie zu verpflichten, abzulehnen.

Der Kongress hat beschlossen, die Anträge Dismann, die die Gewerkschaften zur Sozialisierung der Industrie zu verpflichten, abzulehnen.

Der Kongress hat beschlossen, die Anträge Dismann, die die Gewerkschaften zur Sozialisierung der Industrie zu verpflichten, abzulehnen.

Der Kongress hat beschlossen, die Anträge Dismann, die die Gewerkschaften zur Sozialisierung der Industrie zu verpflichten, abzulehnen.

Der Kongress hat beschlossen, die Anträge Dismann, die die Gewerkschaften zur Sozialisierung der Industrie zu verpflichten, abzulehnen.

Der Kongress hat beschlossen, die Anträge Dismann, die die Gewerkschaften zur Sozialisierung der Industrie zu verpflichten, abzulehnen.

Der Kongress hat beschlossen, die Anträge Dismann, die die Gewerkschaften zur Sozialisierung der Industrie zu verpflichten, abzulehnen.

Der Kongress hat beschlossen, die Anträge Dismann, die die Gewerkschaften zur Sozialisierung der Industrie zu verpflichten, abzulehnen.

Der Kongress hat beschlossen, die Anträge Dismann, die die Gewerkschaften zur Sozialisierung der Industrie zu verpflichten, abzulehnen.

Der Kongress hat beschlossen, die Anträge Dismann, die die Gewerkschaften zur Sozialisierung der Industrie zu verpflichten, abzulehnen.

Gerabsetzung der Preise für Auslandslebensmittel.

Vor den Besirz der Amtshauptmannschaft Tredden-Neustadt einschließlichs der Stadt Radeberg wird bekannt:

Table with 2 columns: Item (Ausländisches Mehl, Fleisch, etc.) and Price (für 1 Pfund).

Die bisherige Verhältnisse nach dem Aufkommen für ausländisches Mehl und Mehl ist fruchtig...

Am Besirz der Amtshauptmannschaft Tredden-Neustadt kann die Ortsanlage für Schwämme...

Die Amtshauptmannschaft Tredden-Neustadt...

SARRASANI advertisement featuring 'indischen Stil' and 'naekt mit eingefetteten und eingedöhten Körpern'.

Kaffeehaus Wlesin advertisement for a 'Künstler-Kapelle Ernst Krüger'.

Union-Bar, Schösser-1 Minute vom Altmarkt advertisement.

Winter-Stoffe advertisement for military and civilian clothing.

Geld-Darlehen Vorschuf-Schwindel advertisement warning against loans.

Wer sich betrogen fühlt advertisement for legal services.

Spitzhaus.

Gerechter Aussichtspunkt der Köhlig.

Flora-Theater

Ab 5. Juli abends 7 1/2 Uhr: Der selige Baldin.



Der selige Baldin. Sonntag: 7 1/2 und 9 1/2 Uhr.

Büro-Stühle advertisement for 'M. & R. Zocher'.

Annähfüße advertisement for 'H. Richter'.

Frauen-Tee advertisement for 'Kehr-Wieder'.

Zement advertisement for 'H. Hensel'.

Sommer Hüte advertisement for 'H. Hensel'.

Säuglings- und Wochenpflege advertisement for 'Knake & Dröbler'.

Badewannen advertisement for 'Otto Graichen'.

Advertisement for 'S. W. W.'.

Geschäftsübernahme.

Meiner verehrten Kundlichkeit teile ich hierdurch mit...

Licht-MS-Spiele

Ab Dienstag den 8. Juli 1919: Wehrlose Opfer.

Ab Dienstag den 8. Juli 1919: Wehrlose Opfer. Kriminalroman in 4 Akten.

MUSENHALLE

Der Mädchenhändler. Grobes Gartenkonzert.

Königshof-Theater. Verlorene Töchter.

Rote Mühle in HH Hammer-Hotel advertisement for 'DIE BALL-ABENDE'.

ELITE-BALL advertisement for 'Deutsche Reichskrone'.

Tanz-Palast Stadt Leipzig advertisement for 'Der große Ball'.

Paradiesgarten advertisement for 'Paradies-Ball'.

Diana-Saal advertisement for 'Damenball'.

Spülapparate advertisement for 'Frau Heusinger'.

Reiner Rauchtabak advertisement for 'Freiheitsnelke'.

Möbel advertisement for 'Silberbrandt'.

Trinkwohl

Natürliches Cuckprohukt des Rades Wänter...

Heizer

zuverlässig und gut empfohlen, sucht Circus Sarrasani.

Chauffeur

erfahren und zuverlässig, geschickt in Reparaturen...

2-3 Fabrik-Klempner und Metallformer

Ich suche sofort Ica Akt.-Gesellschaft...

2 tüchtige Metallformer

Ich suche sofort Ica Akt.-Gesellschaft...

Piano-Orchester

Ich suche sofort Ica Akt.-Gesellschaft...

Chaiselongue

Ich suche sofort Ica Akt.-Gesellschaft...

Sozialdem. Verein Dresden-Mitt.

Den Mitgliedern zur Kenntnis...

Herr Moritz Straube

über die in acht und neunzehn...

Zur Wiederherstellung der Lebensmittelversorgung

Der Rat der Stadt Dresden hat am 6. d. M. eine Sitzung abgehalten, in der die Lebensmittelversorgung für die Monate August und September für die Stadt...

Die Januarruhen vor Gericht

Die 23jährige Arbeiterin Emma Marie Gröbner ist angeklagt, in der Arbeitslosenversammlung am 8. Januar im Straßensportplatz die Forderung zum Waffentragen und Platten...

Das minderwertige Suppenmehl

Wird es gehen und Angen zu, daß bei der Abgabe von Rohmitteln die Leute gezwungen werden, das minderwertige und teure Suppenmehl anzunehmen...

Erhöhung der Wochenlohnabrechnung

Es steht zu erwarten, daß die Wochenlohnabrechnung von den Arbeitgebern für die Arbeiter...

Dresdner Wägen mornachtslicher Propaganda

In Berlin wurde eine gedruckte Karte aus Dresden verteilt, die die Aufschrift 'Deutschlands Ewigigkeit 1919' trägt...

Hungerrenten

Die Wägen der Invaliden- und Hungerrenten sind noch immer nicht aufgehoben. Es gibt Tausende, die auf die 30-40 M. monatlich betragenden Renten ausbleiben...

Ein Mahnwort an die Streikflüchtigen

Was einem, der in der Gewerkschaftsbewegung aufgewachsen ist, klar sein muß, ist die Wichtigkeit der Organisation...

Erhöhung der Volksgesundheit

Wie engberzig ist bei der Ausgabe von Reiseausweisen vorgegangen worden, mußte kürzlich ein Vater von sechs Kindern erfahren...

Eine folgenschwere Tat

Auf dem invern Kaufhäuser Friedeborn wurde vergangene Woche der 17. Quarte alle für den 10. Juli beordn. Stühle...

Erhöhung der Volksgesundheit

Erhöhung der Volksgesundheit. Infolge der großen Steigerung der Kosten des Postfuhr- und Postdienstes hat sich die Notwendigkeit ergeben, die Gebühren für die Abtragung...

Ein Mahnwort an die Streikflüchtigen

Was einem, der in der Gewerkschaftsbewegung aufgewachsen ist, klar sein muß, ist die Wichtigkeit der Organisation...

Erhöhung der Volksgesundheit

Wie engberzig ist bei der Ausgabe von Reiseausweisen vorgegangen worden, mußte kürzlich ein Vater von sechs Kindern erfahren...

Eine folgenschwere Tat

Auf dem invern Kaufhäuser Friedeborn wurde vergangene Woche der 17. Quarte alle für den 10. Juli beordn. Stühle...

Erhöhung der Volksgesundheit

Erhöhung der Volksgesundheit. Infolge der großen Steigerung der Kosten des Postfuhr- und Postdienstes hat sich die Notwendigkeit ergeben, die Gebühren für die Abtragung...

Advertisement for 'Lymians halla heater' with contact information for Leipzig and Dresden.

Freitag, den 7. Juli 1918

Was tun die andern?

Der Verfasser dieses Blattes schreibt uns:

Was ist das, was ist in der gegenwärtigen Lage...
 Die Arbeiterklasse ist...
 Die Arbeitgeber...
 Die Regierung...

Es geht von einem ungemein starken hitzigen Gefühl...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeitgeber...

Was tun die bürgerlichen Parteien...
 Die Parteien...
 Die Arbeiter...

Die Presse...
 Die Presse...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Lachend, blinzelnd u. u. in reicher Auswahl. Die...
 Frauen...
 Arbeiter...

Arbeit nicht, löst auch die andern...
 Arbeiter...
 Arbeiter...

Gewerkschaftsbewegung

Die Lohnbewegung im Bäckergewerbe...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeitgeber...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Verordnung vom 12. November 1918 ausgeführt...
 Arbeiter...
 Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...
 Die Arbeiter...

Flügel & Pianos Harmoniums
Eröffnung heute.
Fabrik-Niederlage: Ernst Kaps, Dresden. Hörigel- & Co. Harmonium.
Hentschel & Gräf, Seblosstr. 18.
Tel. 13482.

1 Büchlein, 1 Büfett
Bücher...
 Büfett...
 Henschel & Gräf

Täbliche Tischler
für Müllermeister
A. Weitzig
Sofas, Matratzen
Dresdner Holzwerkstätten

Wäsche
Gummilinen
Sofas, Matratzen
Dresdner Holzwerkstätten

Luft, Atemnot
Beratung
Läuse
Jiegen, Stanin
Jede Frau

Konzertino
Städt. Musikverein
Läuse
Jiegen, Stanin